

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Ausfuhren - Steinkohle - Stahlindustrie - Verkehrswege - Polen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1991) : Kurz kommentiert: Ausfuhren - Steinkohle - Stahlindustrie - Verkehrswege - Polen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 4, pp. 161-162

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136742>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

**Ausfuhren
Verzerrter Blick**

Wie aus dem vorläufigen Welthandelsbericht des GATT hervorgeht, war die Bundesrepublik 1990 wieder weltweit die führende Exportnation. Den ersten Platz in der Rangliste hatte sie 1989 vorübergehend an die USA abgeben müssen. Die Steigerung des deutschen Exportwertes auf 421 Mrd. US-\$ im vergangenen Jahr (USA: 394 Mrd. US-\$, Japan: 286 Mrd. US-\$) ist im wesentlichen das Resultat zweier Faktoren. Zum einen brachte die ehemalige DDR 22,5 Mrd. US-\$ an Exporterlösen in die gemeinsame Bilanz mit ein, zum anderen ließ die Schwäche der amerikanischen Währung die Ausfuhr der alten Bundesländer wertmäßig in die Höhe schnellen.

Die Übernahme der Führungsposition, die der Bundesrepublik auch ohne die Vereinigung gelungen wäre, ist – ebenso wie die Zunahme des Exportwertes – kein Zeichen dafür, daß sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft verbessert hat. Da die Ausfuhrmengen und -preise mehr oder weniger zeitverzögert auf Wechselkursänderungen reagieren, verzerrt der Blick durch die „Dollarbrille“ die tatsächliche Entwicklung der Exporte zuungunsten der USA. So fiel das reale Exportwachstum der alten Bundesländer 1990 (laut Angabe des GATT 1,5 %) – verglichen mit den Wachstumsraten in vorherigen Jahren und anderen Ländern – verhältnismäßig gering aus. In der Grundtendenz war die Ausfuhr Westdeutschlands – ohne Lieferungen in die ehemalige DDR – seit dem Frühjahr 1990 sogar eher rückläufig.

Die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsposition wird sich für die Bundesrepublik erst in diesem Jahr voll bemerkbar machen. Aber selbst wenn die deutschen Exporte real sinken (und die Importe erwartungsgemäß zunehmen) sollten, wäre dies kein Grund zur Besorgnis, sondern die normale Folge des immensen Kapitalbedarfs in den neuen Bundesländern.

hg

**Steinkohle
Realistischere Ziele**

Ende März lief die Genehmigung der EG-Kommission für die Subventionierung der Steinkohlenverstromung und den sogenannten Jahrhundertvertrag aus. Die

Verlängerung bis einschließlich 1993 wird davon abhängig gemacht, daß die Kohlesubventionen und -mengen schneller als bislang geplant abgebaut werden. Gegenwärtig erfordert die Aufrechterhaltung der Kohleförderung – 1990 waren es 71 Mill. t SKE – Aufwendungen der Steuerzahler und Stromverbraucher in einer Größenordnung von 10 Mrd. DM im Jahr, d. h. rund 140 DM pro t SKE.

Die Höhe der Kohlehilfen hat ihren Grund in den Förderkosten von durchschnittlich 259 DM je t SKE, während auf dem Weltmarkt Kohle für rund 100 DM zu haben ist. Um die Differenz zu verringern, hat der deutsche Steinkohlenbergbau jetzt ein langfristiges Optimierungsmodell vorgelegt, nach dem die Förderkosten auf 236 DM gesenkt werden sollen. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, soll die Steinkohlenförderung bis zum Jahr 2005 um rund 17 % auf 58,7 Mill. t SKE gesenkt werden.

Die „optimierte“ Fördermenge liegt – was nicht überraschend ist – recht hoch. Schon in der Mikat-Kommission, die im Auftrag der Bundesregierung die Zukunft der Steinkohle untersucht hat, sprach sich die Mehrheit für eine Einschränkung auf 55 Mill. t SKE aus. Eine Minderheit hielt sogar eine Reduzierung auf bis zu 35 Mill. t SKE für notwendig, um zumindest längerfristig einen deutlichen Subventionsabbau zu erreichen. Mit den Vorschlägen des Steinkohlenbergbaus sind nur recht begrenzte Einsparungen zu erzielen. Es erscheint daher zweifelhaft, daß die EG-Kommission den Förderzielen des Bergbaus und der damit verbundenen Aussicht auf weiterhin beträchtliche Kohlesubventionen zustimmen wird. Jetzt ist die Bundesregierung an der Reihe, realistischere Ziele zu nennen – eine Aufgabe, die sie schon seit mehreren Jahren vor sich herschiebt.

ma

**Stahlindustrie
Zu rasche Lohnangleichung**

Bei den diesjährigen Tarifabschlüssen für die Beschäftigten in den neuen Bundesländern steht die Festlegung des Zeithorizonts im Mittelpunkt, innerhalb dessen die Angleichung an die westdeutschen Löhne und Gehälter stattfinden soll. Bei den Arbeitnehmern in der ostdeutschen Stahlindustrie wird dieses Ziel am 1. April 1994 erreicht sein. Im laufenden Jahr steigen die Löhne auf 62,5 % und die Gehälter auf 60 % des Niveaus der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie, im nächsten Jahr auf 70%

und 1993 auf 80%. Gleichzeitig ist ein Stufenplan zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38 Stunden bis 1995 ausgehandelt worden.

Damit haben die Arbeitgeber mittelfristig Planungssicherheit über die Personalkosten erhalten, und die Beschäftigten wissen konkret über ihre Einkommensentwicklung Bescheid. Vor dem Hintergrund der düsteren Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland war das allerdings keineswegs vordringlich. Im Gegenteil, die relativ rasche Angleichung an das westdeutsche Lohnniveau zwingt dazu, hohe Produktivitätssteigerungen zu erwirtschaften. Das wird auf Kosten der Zahl der Arbeitsplätze gehen. Gerade in der Stahlindustrie sind die Perspektiven ohnehin ungünstig. Die westdeutschen Stahlkonzerne haben die bittere Erfahrung machen müssen, daß ihr Überleben bei der starken internationalen (Preis-)Konkurrenz mit einem drastischen Arbeitsplatzabbau verbunden war. So sehr auch den ostdeutschen Stahlarbeitern die baldige Angleichung der Löhne und Gehälter zu gönnen ist, es muß befürchtet werden, daß dieser Tarifabschluß mit dazu beiträgt, daß er letztlich nur einer Minderheit der gegenwärtig noch 80 000 Beschäftigten im Stahlbereich zugute kommen wird. dw

Verkehrswege Sinnvolles Konzept

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hat kürzlich in Bonn ein neues Verkehrskonzept vorgelegt. Damit der Staat seiner Aufgabe, ein leistungsfähiges Verkehrsnetz für die verschiedenen Verkehrsträger bereitzustellen, frei von tagespolitischen Einflüssen nachkommen kann, soll die Finanzierung der Verkehrswege aus dem Bundeshaushalt genommen werden. Eine neu zu gründende Bundesanstalt, die sich ausschließlich aus Gebühren für die Benutzung der Verkehrswege finanziert, soll nach den Vorstellungen des DIHT die Straßen, Schienen und Wasserwege planen, bauen und betreiben.

Dabei soll es möglich sein, daß beispielsweise der Straßenverkehr mit höheren Gebühren belegt wird, als es seinen Kosten entspricht, um damit Schienen- und Wasserwege zu subventionieren. Die Bahn müßte nach diesem Konzept der Trennung von Betrieb und Schiene als wirtschaftlich arbeitendes Unternehmen geführt werden und für alle Betriebsverluste selbst aufkommen. Es wäre sogar möglich, daß auch andere Anbieter als die bisherigen beiden deutschen Bahnunternehmen das Schienennetz nutzen könnten.

Dieses Konzept ist insgesamt begrüßenswert. Es entspricht dem ordnungspolitischen Lehrbuchwissen. Jedoch erfreut sich gerade der Verkehrssektor aufgrund seiner herausragenden Stellung – alle Wirtschaftsbereiche werden schließlich von ihm bedient – einer starken Lobby. Schon im Zuge der Entstehung des EG-Binnenmarktes wurde jede Liberalisierung hart umkämpft und teilweise sogar zurückgenommen. Politisch wird daher dieses an sich sinnvolle Konzept kaum durchsetzbar sein, weil sowohl die Straßennutzer als auch die Bahn selbst von dieser Lösung wenig profitieren. cw

Polen Erfolgreich beim Schuldenerlaß

Polens Rolle beim Systemwandel in Ost- und Mitteleuropa und seine bisherigen Erfolge im Transformationsprozeß wurden auf eine für die Polen sehr wichtige Art und Weise gewürdigt: Die 17 westlichen Gläubigerstaaten des Pariser Clubs, auf die 33,3 Mrd. US-\$ staatlich garantierter Kredite entfallen, haben sich bereit erklärt, mindestens 50 % der polnischen Schulden zu streichen. Der Schuldenerlaß soll in zwei Phasen erfolgen. Zunächst werden 30 % der Schulden gestrichen und die fälligen Zinszahlungen um 80 % gesenkt; im vierten Jahr einer erfolgreichen Realisierung des mit dem IWF abgestimmten Wirtschaftsprogramms sollen dann weitere 20 % der Schulden erlassen werden. Ein Teil der Schuldensumme (10 %) kann darüber hinaus in Zloty umgewandelt werden. Daß westliche Regierungen noch großzügiger sein können, haben bereits die USA gezeigt, die auf 70 % ihrer Forderungen verzichtet haben.

Auch wenn Polen mit der Streichung von 80 % seiner Auslandsschuld gerechnet hat, ist das Ergebnis ein Erfolg. Seine Bedeutung ist primär politisch-psychologischer Natur; als Unterstützung polnischer Reformer, als vertrauensbildende Maßnahme für westliche Kapitalanleger und als ein deutliches Zeichen für die gesamte, im Umbruch befindliche Region. Kurzfristig wird die polnische Bevölkerung davon allerdings wenig profitieren; im Gegenteil, ihr werden weitere Opfer abverlangt werden.

Die neueste Entscheidung des Pariser Clubs reicht natürlich nicht aus, um Polen in ein Amerika des Ostens zu verwandeln. Sie ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für die weitere Mobilisierung der in- und ausländischen Mittel und Kräfte zur Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft. ap